

Beim Staatsschutz stehen Änderungen in Aussicht

Einmal mehr. Die Untersuchung der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) des Bundesparlaments über die Staatsschutzfichen verzögert sich weiter. Grund sind dringliche Abklärungen rund um die Finanzkrise. Dennoch zeigt sich GPDel-Präsident Claude Janiak zufrieden: "Das Geschäft ist nicht mehr so dringlich", sagt der Binniger SP-Ständerat. Denn noch in diesem Jahr wolle Bundesrat Ueli Maurer eine Vorlage "light" zur Revision des Bundesgesetzes zur Wahrung der Inneren Sicherheit vorlegen mit den Punkten, die bei der Vorlage BWIS II nicht bestritten waren.

So zeichne sich gerade bei der Aufsicht über die Tätigkeit des Staatsschutzes in den Kantonen eine Lösung ab. Maurer habe zugesichert, dass diese nun gesetzlich geregelt werde. Bisher sei die Aufsicht praktisch inexistent, so Janiak. Basel-Stadt hatte denn auch eine Verordnung zur stärkeren Kontrolle angeregt, was aber bisher beim Bund auf wenig Echo stiess. Auslöser für die umfassende Inspektion aber war nicht die Basler Fichenaffäre, sondern die steigende Anzahl Einträge auf mittlerweile über 110000 Fichen. Janiak: "Doch nun ist einiges im Gang, auch dank Regierungsrat Hanspeter Gass, der sich für eine Aufsicht in den Kantonen einsetzt." Auch Auskunfts- und Einsichtsrecht bezüglich der Fichen sollen neu geregelt werden. (db)